

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Nummern: 25 241
Star für Nachdruck: 20 071

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1923 bei dgl. zweimaliger Anstellung frei Haus 1,50 M.
Vollbezugpreis für Monat Februar 3 Mark ohne Postanlassgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Quadrat berechnet, die einseitige so zum breite Seite 20 Pfg., für auswärts so Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 50 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offertengebühr 50 Pfg., Num. Anträge gegen Verabschlagung.

Schriftleitung und Hausverwaltungsstellen
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Klesch & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronto 1068 Dresden

Stachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Blüthner-Flügel
-Pianos
Prager Straße 12
Fernruf 16378

Konditorei Schmorl
Wilsdruffer Straße 20 / Amalienstr. 8-10
Schmorls Butter-Pfannkuchen!

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Zweiter Appell Stresemanns an Frankreich.

Demarche der Kleinen Entente gegen Ungarn in Genf. — Drohender Volksaufstand in Rußland?

Eine politische — keine faktische Rede. Die enttäuschten Koalitionsfreunde.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Februar. Stresemann hat geantwortet. Was gegen die Koalition zum Sturm geblasen hat, muß sich wieder in den Schmolzwinkel zurückziehen und eine neue Gelegenheit abwarten. Die Rede des Außenministers, die nicht, wie allgemein erwartet worden war, gleich zu Anfang der Plenarsitzung begann, darf man ohne Uebertreibung als wirklich staatsmännlich bezeichnen. Sie hob sich um so schärfer aus dem allgemeinen Rahmen der Diskussion, als man vorher zwei Kommunisten mit mehr Ausdauer als Geist hatte hören müssen. Vielleicht darf man bedauern, daß Stresemanns Rede bereits heute gehalten wurde. Zugegeben, daß sie durchaus nur außenpolitisch angelegt war, so wäre es vielleicht wichtiger gewesen, erst einmal abzuwarten, was Paris beabsichtigt.

Man erzählt sich zwar in parlamentarischen Kreisen, daß die ganze außenpolitische Debatte Dr. Stresemanns, so wie sie vor sich gegangen ist, mit Absicht darauf zugeschnitten war, den Franzosen klar zu machen, daß nun irgend etwas geschehen müsse, falls die Verständigungsbemühungen mit Frankreich Bestand haben sollten. Sieht man diese, wenn auch hypothetischen Zusammenhänge, dann ergibt sich eine veränderte Beurteilungsweise der außenpolitischen Lage bezüglich des Bestens, um nicht mißverstanden zu werden: Nicht etwa, als ob wir irgend etwas von unserer Seite gegenüber dem viel beschränkten Geist von Locarno zurückzunehmen hätten; vielmehr erwies sich, daß die Haltung derjenigen politischen Kreise richtig war, die die Note der Enttäuschung und der Erbitterung stark unterstreichen haben. Es kam nicht von ungefähr, daß Dr. Stresemann heute eine „Abrechnung“ mit dem deutsch-nationalen Debatteführer Frhr. v. Frentag nicht vornahm. Diese Wendung darf man ihm nicht etwa unter parteipolitischen Gesichtspunkten hoch anrechnen, sondern unter Gesichtspunkten praktischer Außenpolitik. Was sonst selten gesehen ist, nämlich die geschickte Verwendung oppositioneller Redewendungen, das hat Dr. Stresemann heute fertiggebracht. Wir werden mit ihm nicht so weit gehen, daß wir nun etwa auch das Steuer kurz entschlossen herumwerfen auf Verständigungsbahnläubigkeit. Das mag der Staatsmann tun, der seine Tonsala in geeigneter Weise abstimmen muß.

Letzter versagte sich Dr. Stresemann eine Redewendung gegenüber den Deutschnationalen nicht, die tatsächlich einige Verstimmung hervorgerufen hat. Es gehört schon sehr viel parlamentarischen Geschicklichkeit dazu, um einen Widerspruch zu der Rede des Abg. v. Frentag-Voringhoven und der Erklärung des Abg. v. Vindeiner-Wildau glaubhaft machen zu wollen. Dabei hat sich Dr. Stresemann nicht lange aufgehalten. Er hat sich vornehmlich gegen die Sozialdemokratie und ihre scharfmacherischen Methoden gewandt, dabei allerdings nicht vermindert, in einem kurzen Satz der Deutschnationalen Partei eins zu verlieren. Soweit wir unterrichtet sind, beabsichtigt man, die „parlamentarische Entgegnung Frentag-Voringhovens“ bei den Deutschnationalen nicht einzusetzen.

Stresemann hat wieder an die französische Adresse gesprochen. Er hat von dem eisernen Vorhang geredet, der sich erneut zwischen den beiden Nationen senken müßte, wenn es bei Veriprehungen bleiben sollte. Die Gelehrten sind sich allerdings durchaus noch nicht darüber einig, ob dieser eiserne Vorhang sich überhaupt jemals wirklich erheben hat oder ob er nicht vielmehr so etwas wie ein historisches Geseh ist, was jedoch nicht daran zu hindern braucht, eine politische Kombination mit unseren westlichen Nachbarn zu treffen, die so etwas wie eine temporäre Befriedung darstellt. Stresemann hat von der Entwertung des Faustpfandes der besetzten Gebiete gesprochen, auch eine Formulierung, die man noch nie aus seinem Munde gehört hat. Das ist eine wirklich realpolitische Wendung, denn tatsächlich arbeitet die Zeit für uns: Und wenn die Franzosen wirklich noch einmal die Räumung mit irgendeinem politischen Geschäft verbinden wollen, dann müssen sie sich beeilen, denn wie auch immer der Preis sein mag, er sinkt mit jeder Stunde, die uns dem Jahre 1923 näherbringt.

Ein Wort verdienen auf jeden Fall noch die Ausführungen des Abg. Dr. Wirth vom Zentrum, vielleicht weniger seine Ausführungen, als vielmehr sein Verhalten. Dr. Wirth stellte mit nachdrücklicher Betonung fest, daß er sich in Opposition, in loyaler Opposition befände. Das Zentrum ist Regierungspartei, und der dieser Regierungspartei angehörende Abg. Dr. Wirth befindet sich in Opposition. Ob das denn denkbar ist? Jawohl, in unserem deutschen Reichsparlament ist das nicht nur denkbar, sondern leider sogar Tatsache. Der Abg. v. Frentag-Voringhoven hat den höchsten Joxn des Abg. Ulkfa vom Zentrum erragt, weil er nichts anderes tat, als einige sachliche Feststellungen zu treffen, Feststellungen, die von seiner Partei gebilligt werden. Kann man sich vorstellen, welche Erregung es auslösen würde, wenn ein deutsch-nationaler Abgeordneter sich auf die Tribüne stellte und erklärte, er befände sich in Opposition, wenn auch in loyaler Opposition? Von dem Gelehrten, das dann die ganze Anstimmte, und das systematisch zu erhöhen Herr Dr. Wirth vielleicht einer der ersten wäre, kann sich auch der mit dem nachrevolutionären deutschen Parlamentarismus Vertraute wohl kaum eine Vorstellung machen. Die Frage ist nur zu berechtigt, darf eine Regierungspartei auflassen, daß ein ihrer Mitglieber der anderen Regierungspartei erklärt, es befände sich in Opposition, und die Koalition, der seine Partei angehört, stöße je eher um so besser in die Luft?

Fortsetzung der Locarno-Politik. Die Rede des Außenministers.

Berlin, 1. Februar. Nach Ausführungen der völkischen und kommunistischen Redner nahm heute im Reichstag Dr. Stresemann das Wort zu der getriggen Rede des Abg. von Frentag-Voringhoven und der dazu vom „Vorwärts“ aufgeworfenen Frage, was der Minister dazu erklären wolle. Abg. von Vindeiner hat erklärt, die Ausführungen des Herrn von Frentag-Voringhoven seien eine wertvolle Ergänzung meiner eigenen Rede gewesen. (Lachen links.) Ich bedauere, daß ich diese Anschauung nicht teilen kann. Ich akzeptiere die Erklärungen des Herrn von Vindeiner, die er für die Deutschnationalen abgegeben hat und die in der Anerkennung, in der nicht etwa terminierten Anerkennung des Vertragswerks von Locarno bestanden und seine Erklärungen in bezug auf die lokale Mitarbeit der Deutschnationalen. Diejenigen Vertreter anderer Fraktionen, die mit dem Herrn Referenten des Ausschusses für den Etat des Auswärtigen Amtes Dr. Hoeßlich in Genf zusammengearbeitet haben, werden daran nicht zweifeln, daß seine Mitarbeit in Genf eine durchaus loyale gewesen ist. Von dem, was Herr von Frentag-Voringhoven weiter erklärt hat, nehme ich dankend Akt. Der grundlegende Unterschied zu meiner Auffassung liegt in den Schlüssen des Herrn von Frentag-Voringhoven. Diese Schlüsse spielen darin, daß der Redner der deutsch-nationalen Fraktion sich seinerseits persönlich gegen die Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik wandte mit zwei Begründungen, einmal, weil sie in eine Sackgasse führe, ein zweites Mal mit der Begründung, daß sie nicht zum Ziele führe. Es trifft nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte. Den Rechtsgedanken im Völkerbund durchzuführen, ist immer unser Bestreben gewesen. Das wäre also nicht ein neuer Weg unserer Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und uns den Beifall der kleineren Staaten errungen. Wir wollen die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen.

Katzenfisch ist seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt. Aber ich betrachte es als meine Aufgabe, daran weiterzuarbeiten. Darum kann ich auch an die französische Adresse die Rahmung richten: Nun tut auch das Ganze, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann. (Beifall.)

Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailler Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen. (Sehr gut!) Die von französischer Seite gegen eine Rheinlandräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Ganz unerkennbar ist die Erklärung, Deutschland müßte erst seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Die Rheinlandbesetzung soll doch auch nach dem Versailler Vertrag nicht so lange dauern, bis die letzte Million bezahlt ist. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der Besetzung als einen Nachfaktor betrachtet, so wäre nicht zu verstehen, daß es diesen Nachfaktor für irgendeine Gegenleistung aus der Hand geben will. Wir hoffen, daß die leitenden französischen Kreise zu der Einsicht kommen, daß eine schnelle Räumung des Rheinlandes die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben würde. Der Gedanke der Verständigungspolitik hat im deutschen Volk wesentliche Fortschritte gemacht. Das wachsende Verständnis dafür wird nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgegnung, wie wir sie gestern erlebt haben.

Der „Vorwärts“ sollte diese Angelegenheit nicht allzu kritisch nehmen. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat ja erst vor kurzem den Abg. v. Frentag-Voringhoven als Beispiel dafür genannt, daß ein Redner nicht in jedem Falle die Meinung seiner Fraktion zu vertreten braucht. Wenn der „Vorwärts“ sagt, Herr v. Vindeiner habe für die deutsch-nationalen Fraktion den Ausführungen des Abg. v. Frentag-Voringhoven zugestimmt, so muß man berücksichtigen, in welcher Rolle sich Abg. v. Vindeiner auf seine Rede präparieren mußte. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bald die letzten Gemeinplätze zu beseitigen, die einer wirkungs-

Was wird Briand antworten? Ungewöhnliche Zusammenkunft mit Stresemann.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Febr. Aus Paris war die Nachricht gekommen, daß der französische Außenminister Briand morgen im Senat in seiner schon lange angekündigten Rede auch die Mitteilung machen würde, Frankreich sei bereit, die Besatzungstruppen im Rheinland um weitere 10 000 Mann zu vermindern. Ausgerechnet ein demokratisches Blatt muß heute schon diese zarten Hoffungskeime zerreuen. Der Pariser Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ berichtet nämlich, daß die Weidung von der Verminderung um 10 000 Mann nichts weiter als eine Entee sei, und daß sie in Pariser politischen Kreisen als wenig glaubwürdig angesehen werde. Daß diese Darstellung richtig ist, wird bestätigt durch die weitere Mitteilung, daß Briand in seiner Rede im Senat sich darauf beschränken werde, den von ihm bereits früher ausgesprochenen Wunsch nach einer ehrliehen Fortführung der deutsch-französischen Verständigungspolitik erneut aufs nachdrücklichste zu bekräftigen, daß er es dagegen vermeiden werde, auf konkrete Fragen einzugehen, deren Regelung jetzt unmittelbar vor den Neuwahlen schon am innerpolitischen Widerstand auf unüberwindliche Hindernisse stoßen müßte. Weiter sei festzustellen, daß im Laufe des heutigen Abends der deutsche Botschafter in Paris dem Auswärtigen Amt die Mitteilung hat zukommen lassen, daß der Qual d'Orlean von den angeleglichen Absichten einer weiteren Verminderung der Besatzung nichts wisse.

Mary verhandelt mit Stresemann.

Berlin, 1. Febr. Die das Nachrichtenbüro des B. D. S. hört, haben die im Bildungsausschuß angehörenden Mitglieder der Zentrumskraktion dem Reichskanzler Dr. Marx die Forderungen des Zentrums hinsichtlich der bisher noch unkritischen Fotografieren der Schlußvorlage insbesondere des § 20 noch einmal vorgetragen und den Reichskanzler gebeten, auf Grund dieser Forderungen mit den Kabinettsmitgliedern der übrigen Parteien in Verhandlungen einzutreten. Die Frühlungsnahe hat zwischen dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann am Dienstagabend stattgefunden. In Zentrumskreisen wird berichtet: Wenn mit der Deutschen Volkspartei nicht vor der 2. Lesung im Ausschuß eine Einigung über den § 20 erzielt wird, es voranschreitlich überhaupt nicht mehr zur 2. Lesung kommen werde, da das Zentrum dann sein Interesse mehr an der Vorlage habe. Sollte eine Einigung über den § 20 zustande kommen, sollen die Verhandlungen über die weiteren Punkte (§ 9 und § 14) während der 2. Lesung im Ausschuß zu Ende geführt werden.

Annahme des amerikanischen Freigabegesetzes

Washington, 1. Februar. Der Finanzausschuß des Senats hat heute die Bestimmungen der Vorlage über das ehemalige feindliche Eigentum, betreffend die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des deutschen Eigentums und die Zahlung von 100 Millionen Dollar für die deutschen Schiffe, Patente und Radioanlagen, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen. Die Annahme der bisher am meisten umstrittenen Punkte der Freigabevorlage durch den Senatsausschuß, der im vorigen Jahre nur 60 Prozent des deutschen Eigentums und nur 60 Millionen Dollar für Schiffe und Patente zurückgeben wollte, wird in Kongresskreisen dahin gedeutet, daß die größten Schwierigkeiten nunmehr überwunden sind und daß die Vorlage in der nächsten Woche dem Repräsentantenhaus gehen hat. Mitte Februar dem Plenum des Senats ist unverändert vorzulegen werden wird.